

Sanierung Elisabethenkirche

Die fragwürdige Rolle der Münsterbauhütte

Der Grosse Rat hat an seiner Dezembersitzung einen Investitionsbeitrag zur Instandstellung der Elisabethenkirche beschlossen. Die Notwendigkeit dieser Sanierung ist unbestritten – nicht aber deren Umsetzung. Denn das regionale Steinmetzgewerbe soll durch staatliche Konkurrenz ausgelassen werden. FDP-Grossrat Beat Braun stellt kritische Fragen zur Direktvergabe von Steinmetzarbeiten an die Münsterbauhütte.



Die Elisabethenkirche, die bedeutendste neugotische Kirche der Schweiz, ist dringend sanierungsbedürftig. Ein entsprechender Investitionsbeitrag von Seiten des Kantons war unbestritten und wurde folglich in der Dezembersitzung vom Grossen Rat beschlossen. Zu reden gibt jedoch die vorgesehene Umsetzung der entsprechenden Sanierungsarbeiten. Die notwendigen Steinmetzarbeiten in Millionenhöhe sollen nämlich zu einem beträchtlichen Teil direkt an die Basler Münsterbauhütte vergeben werden – und zwar ohne öffentliches Submissionsverfahren. Zudem ist die Führung der Münsterbauhütte Projektleitung und Auftragnehmer zugleich.

Staatliche Einmischung in den freien Markt

Diese Absicht ist aus Sicht des betroffenen Gewerbes äusserst befremdlich. Denn die Münsterbauhütte ist ein mehrheitlich

staatlicher Regiebetrieb im Besitz des Kantons Basel-Stadt, der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde sowie der Christoph Merian-Stiftung. «Gemäss Leistungsauftrag ist sie eigentlich für die Ausführung des baulichen Unterhalts am Basler Münster verantwortlich. Bei der Elisabethenkirche mischt sie daher aktiv im freien Markt mit – das ist nicht akzeptabel», moniert **Stefan Mesmer**, Co-Präsident des Steinmetzverbands Nordwestschweiz.

Eine faire Chance für das regionale Steinmetzgewerbe

Das Basler Steinmetzgewerbe ruft daher die Bauherrschaft im Sinne einer fairen Sicherstellung gleich langer Spiesse dazu auf, sämtliche mit der Sanierung der Elisabethenkirche verbundenen Aufträge öffentlich auszuschreiben. Stefan Mesmer betont: «Das regionale Steinmetzgewerbe verfügt über die notwendigen personellen Ressourcen sowie die

fachlichen Fähigkeiten, um die vorgesehenen Instandstellungsarbeiten an der Elisabethenkirche in ausgezeichneter Qualität sowie budget- und termingerechtm zusetzen.»

Auch die Politik bleibt dran

Und auch der Grosse Rat hat sich bereits wieder mit der Elisabethenkirche beschäftigt: FDP-Grossrat Beat Braun stellte dem Regierungsrat in der Januar-Sitzung kritische Fragen zur Direktvergabe der Steinmetzarbeiten an die Münsterbauhütte. In seiner Interpellation ging er insbesondere den Fragen nach, auf welcher beschaffungsrechtlichen Grundlage dieser Entscheidung beruht und ob die Münsterbauhütte zu wenig ausgelastet sei. Die Antworten des Regierungsrats sind jedoch leider nicht befriedigend. «Es kann doch nicht sein, dass die staatliche Münsterbauhütte ihren sinkenden Baupflegeaufwand beim Münster durch Aufträge auf dem freien Markt kompensiert», hält FDP-Grossrat **Beat Braun** fest.

«Spitzhacke»

KOLUMNE

Auf den Kopf gefallen – ohne Helm

Helme schützen Köpfe. Darum wollte der Bundesrat eine Velohelmpflicht für Jugendliche einführen. Dagegen wehren sich die Veloverbände und die rot-grün dominierten Städte, darunter Basel.

Gegen eine Helmpflicht zu sein, ist aus liberaler Sicht und mit einem eigenverantwortlichen Ansatz gewiss nicht verkehrt. Im Gegenteil. Doch die Argumente der Regierung sind grotesk. Statt mehr Helme sähe sie lieber eine Verbesserung der Veloinfrastruktur. Das wäre, als wollte man die Gurtenpflicht im Auto abschaffen und dafür die Autobahnen verbreitern.

Dass hinter der – vernünftigen – Ablehnung der Helmpflicht eine unredliche Absicht steckt, zeigt sich in der gemeinsamen Medienmitteilung der Städte: «Das Velo ist ein unkompliziertes Verkehrsmittel. Dieser gewichtige Vorteil, nebst den vielen anderen, sollte dringend erhalten bleiben.» Die Helmpflicht laufe diesem Ziel entgegen. Es sei zu befürchten, dass die Jugendlichen, die in der Tendenz immer weniger velofahren, «dies mit einer Helmpflicht noch seltener tun würden».

Mit anderen Worten: Man ist gegen die Helmpflicht, aber nicht etwa, weil man an die Eigenverantwortung der Jugendlichen und der Erziehungsberechtigten glaubt, sondern weil man will, dass mehr Leute aufs Velo steigen. Wer so argumentiert, ist auf den Kopf gefallen – und zwar ohne Helm.